

Einzelpreis 30 Mark.

Lodzer

Freie Presse

Verbreitetste deutsche Tageszeitung in Polen.

Mr. 45

Freitag, den 24. Februar 1922

5 Jahrgang

Der internationale Gerichtshof.

Im Friedenspalast im Haag trat vor kurzem der Permanente Internationale Gerichtshof zum erstenmal zu seiner vorbereitenden Sitzung zusammen. Seine Mitglieder wurden von der letzten Versammlung des Völkerbundes gewählt und nun vom Generalsekretär des Völkerbundes zu den ersten vorbereitenden Beratungen willkommen geheißen.

Die geistig führende Tageszeitung „De Nieuwe Courant“ im Haag veranstaltete bei den führenden Staatsmännern Europas und Amerikas eine Rundfrage nach der Bedeutung und der Zukunft der neuen, für das internationale Recht so grundlegenden Institution.

Von den eingelaufenen Antworten seien einige besonders wichtige hier wiedergegeben. Freiherr Dr. S. M. von Karnebeek, holländischer Außenminister: Das Zustandekommen des P. I. G. ist ein Zeichen dafür, daß das Gewissen der Welt seine Forderungen stellt und daß der Begriff einer stillen Einigkeit trotz der Verletzung der Gegenseite die Völker weiterhin zusammenhält. Trotz dem die Zeiten nicht günstig sind, liegt darin für die Zukunft ein ermutigendes Beispiel, daß in unserem Lande, wo der Glaube an „Das Werk von Haag“ nicht verloren gegangen ist, ein Echo finden wird.

Berd Curzon of Kedleston, britischer Außenminister: Ich heiße die Eröffnung des P. I. G. im Haag als Beginn einer neuen Ära von Frieden und Eintracht unter den Völkern willkommen. Mit Recht versammelt sich der Gerichtshof in Holland, dessen ruhmreicher Sohn Hugo Grotiüs der Begründer der modernen Wissenschaft vom Völkerrecht ist.

Branting, schwedischer Außenminister: Wir folgen hier der Gründung des P. I. G. mit so lebhaftem Interesse, daß die schwedische Regierung die Möglichkeit, dem P. I. G. an dem Tage, an dem er seine Arbeit beginnt, seine offizielle Sympathiebekundung zu senden.

Dr. Eduard Beneš, tschechoslowakischer Ministerpräsident und Außenminister: Die tschechoslowakische Republik ist eines der Länder, die drei Jahre nach dem Waffenstillstand einen Vertrag mit zwei Nachbarn unterzeichnet haben, welcher eine pflichtgemäße Abstriche in allen wichtigen Fragen vorsehreibt und für derartige Fälle die Intervention des P. I. G. ins Auge gefaßt hat. Dies zeigt, welche Bedeutung sie dem Völkerbunde und dem P. I. G. selbst zuerkennen und wann ich hinzufügen, daß die beiden Nachbarn unvorsätzlich in einem ersten Konflikt mit unserer Republik standen und daß einer davon, Österreich, mit uns einen höchst ersten Konflikt hatte, der drei Jahrhunderte gedauert hat, dann wird dadurch noch mehr das Interesse und die Bedeutung klar, welches unsere Republik für die Friedenspolitik hegt, die im P. I. G. symbolisiert ist. Man spricht von Abrüstung, ich bin ihrer feindlich. Aber sie kann nur Schritt für Schritt an allmählich verwirklicht werden. Die Errichtung des P. I. G. ist ein großer Schritt zu diesem Ideal und Holland darf stolz darauf sein, daß dieses Ideal auf seinem Boden sich der Wirklichkeit ein wenig mehr nähert.

Albert Thomas, Leiter des Internationalen Arbeitsbureaus: Im Augenblick, wo der P. I. G. zusammentritt, kann ich nur von einem Wunsch äußern, daß das Internationale Arbeitsbureau ihn mit Ertüchtigung und Projekten überleben möge! Dies würde dann ein Beweis sein, daß die Völker und vor allem die Arbeitermassen zu seiner erhabenen Unparteilichkeit Vertrauen haben und daß die Arbeitsprobleme in der Tat ein wesentlicher Bestandteil des internationalen Lebens geworden sind.

Loeb, Präsident des deutschen Reichstages: ... ein Gefühl des Bedauerns tat der Kreide über das Zustandekommen des P. I. G. Abbuch, nämlich das Bedauern, daß unser eigenes Land nicht zu denen gehört, welche dem Gedanken zum Siege verholfen haben und daß die Friedensfreunde im Deutschen Reich es nicht haben erreichen können ihr Vaterland zum Träger des Gedankens zu machen als es noch klar war. Jetzt wird der Gedanke durch die Sieger des Weltkrieges verwirklicht. Möge er all die Früchte tragen, die die Friedensfreunde dieses und jenseits des Rheins und des Kanals seit Jahrzehnten von ihm erwarten.

Zusatz, tschechoslowakischer Gesandter in Berlin, früherer Ministerpräsident: Bei unserem Volke, dem Comenius entstamm, entspringen alle Töten, die dem Frieden dienen, einer lebendigen Tradition. Darum begrüßt die tschechoslowakische Republik mit Freude die beginnende Arbeit des P. I. G. und wünscht dieser erhabenen Schöpfung des Völkerbundes die ihr zukommende Autorität.

Nach all den bitteren Erfahrungen der von den Großstaaten in den letzten Jahrzehnten verfolgten Katastrophenpolitik müßte es eigentlich keinen Menschen mehr geben, der nicht die Notwendigkeit des Bestehens eines befähigten internationalen Schiedsgerichts anerkennen würde. So sagt es uns die Vernunft und so hören wir es auch aus dem Munde jener Männer.

Während man sich aber im Haag versammelt, um einer Politik des Friedens, der Versöhnung und des Ausgleichs die Wege zu ebnen, wird in den verschiedenen Kabinetten der europäischen

Staaten munter daran weitergearbeitet, neuen Zündstoff zu schaffen. Ob die Abrüstungskonferenzen und sonstigen Verträge daran etwas ändern werden, erscheint zumindestens fraglich. Wenn die Menschheit all den Spitzfindigkeiten der Diplomatie gegenüber das Vertreten verloren hat, so ist das nach allem, was die letzten Jahre gebracht, eine nur allzu natürliche Erscheinung.

Es bleibt also abzuwarten, in wie weit der Internationale Gerichtshof eine Autorität darstellen und damit die Erwartung der Völker rechtserfüllen wird.

Polens Vorbereitungen für Genua.

Vorherige Verständigung mit den befreundeten Staaten.

Nach Schluß einer Vertrauensitzung des Sejm-Ausschusses für Außenbeziehungen erklärte Außenminister Skirmunt Vertretern der Presse, Polen müsse sich zur Vermeidung von Überraschungen auf der Genuaer Konferenz vorher mit den befreundeten Mächten verständigen, da auch ehemalige feindliche Staaten daran teilnehmen. Eine Initiative Polens in diesem Sinne werde überall gut aufgenommen werden. Vor allem müßte es sich mit Frankreich, der Kleinen Entente und den Randstaaten ins Einvernehmen setzen. In der ersten Hälfte des März werde in Warschau eine Konferenz des Ministerpräsidenten der Randstaaten stattfinden, auf der die gemeinsamen Richtlinien für Genua festgesetzt werden sollen. Die Einladung nach Belgrad zur Kon-

ferenz der Kleinen Entente habe Polen angenommen. Diese Vorbereitungen seien nicht als Zusammenschluß einer Staatengruppe gegen irgendwelche andere Staaten aufzufassen. Polen sei dazu berufen, beim Wiederaufbau Rußlands eine aktive Rolle zu übernehmen.

Paris, 23. Februar. Die Blätter veröffentlichen eine Havasdepesche, nach der die Reuters-Agentur aus Genua meldet, die Haltung der Kleinen Entente finde bezüglich der Konferenz von Genua große Aufmerksamkeit in Italien. Es scheint, daß man mit dieser Gruppe von Kleinen Mächten, die die Absicht haben, gemeinsam vorzugehen, rechnen müsse. Ganz besonders wird hervorgehoben, daß die Tatsache, daß die Kleine Entente mit Frankreich genügend sympathisiert, nicht unbeachtet bleiben könne.

Vor dem Abschluß der deutsch-polnischen Verhandlungen.

Basel, 22. Februar. (Pat.) Die „Baseler Nachrichten“ melden aus Genf: In Anbetracht der nahen Beendigung der deutsch-polnischen Verhandlungen sind hier Pressevertreter aus Paris, Berlin und Warschau eingetroffen. Die Kommission hält täglich Beratungen ab. Präsident Calonder lehnt alle Auskünfte ab. Vicomte Isti ist am Montag aus Genf nach Paris zurückgekehrt. Daraus wird geschlossen, daß keine größeren Meinungsverschiedenheiten mehr bestehen.

Genf, 23. Februar. (Pat.) Die Arbeiten in den meisten Unterkommissionen sind bereits beendet; andere Kommissionen haben ihre Arbeiten so weit gefördert, daß diese bereits einen allgemeinen Überblick gewähren. Es ist Hoffnung vorhanden, daß das ganze Werk des Vertrages noch vor Ablauf dieser Woche beendet wird, noch wird die Unterzeichnung erst später erfolgen, da der Vertrag sehr umfangreich ist.

Um die Führung der auswärtigen Angelegenheiten Danzigs.

Nach Mitteilung des Oberkommissars des Völkerbundes an den Danziger Senat hat nunmehr auch die polnische Regierung gegen die Entscheidung des Oberkommissars vom 17. Dezember 1921 betr. die Führung der auswärtigen Angelegenheiten Danzigs Berufung an den Rat des Völkerbundes eingelegt. Der Danziger Senat hat dasselbe bereits am 27. Dezember vorigen Jahres getan.

Anschluß der polnischen Eisenbahnen an die Berner Konvention.

Das polnische Eisenbahministerium wurde, wie die polnische Telegraphenagentur mitteilt, danach richtig, daß die Eisenbahnen der Republik Polen, einschließlich der Eisenbahnen der Freien Stadt Danzig am 24. Februar d. J. der Berner Konvention angeschlossen wurden. Von diesem Zeitpunkt wurden alle Staaten, die zur Konvention gehören, durch eine Note der Schweizer Regierung in Kenntnis gesetzt.

Eine Denkschrift an den Patriarchen Sion.

Der „Ukrainische Tribune“ zufolge veröffentlicht „Golos Rossii“ eine Kopie der Den-

kschrift, die dem Moskauer Patriarchen Sion über die Bedrückung der griechisch-katholischen Bevölkerung in den Polen zuerkannten Gebieten zugesandt wurde. Die Denkschrift ist von der Gesamtheit der weißrussischen Volksrepublik in Białystok bestätigt und von folgenden Würdenträgern der griechisch-katholischen Kirche unterzeichnet: Clemens — Erzbischof von Vilna, Wladimir — Bischof von Grodno, Sergiej — Bischof von Witebsk, Smaragd — Bischof von Dubno, Serebrjankow — Bischof von Pinsk, der griechisch-katholischen Kirchenrats in Polen und Bogdanowitsch — stellvertretender Rektor des Wilnaer geistlichen Seminars.

Der „Mittelschlesische Kurier“ berichtet in seiner Nr. 53 aus Lemberg:

Am 16. und 17. d. M. fand in Lemberg eine Konferenz der ruthenischen unierten Bischöfe statt unter Beteiligung des Bischofs Chomyschyn von Stanislaw, des Bischofs Kocymowski von Przemyśl und des Generalvikars der Lemberger Diözese Vilecki. Nachdem ein Schreiben an den Papst gesandt worden war, besprach man u. a. die Angelegenheit der Bischofsstühle, das Verhältnis der polnischen Behörden zu den Ruthenen der ruthenischen Kirchengemeinden, sowie die Gegenaktion gegen die gegenwärtige Annahme der römisch-katholischen Bekenntnisse durch Angehörige der griechisch-katholischen Kirche.

Das gekränkte Litauen.

Übernahme der Kownoer Vertreter von der Rigaer Eisenbahnkonferenz.

Riga, 22. Februar. (Pat.) Litauen hat seine Delegierten von der in Riga stattfindenden Eisenbahnkonferenz zurückgerufen, da die anderen baltischen Staaten in Frage des Transports und der Durchfahrt durch das Wilnaer Gebiet sich an Polen als den Vertreter dieses Gebietes gewandt hätten. Litauen hat dieses Vorgehen als Verletzung seiner Rechte hinsichtlich des Wilnaer Gebietes aufgefaßt.

Die Botschaft hör ich wohl...

General Sarant für zehnmonatigen Exerzieren in Frankreich.

Paris, 22. Februar. (Pat.) General Sarant, der ehemalige Führer der Offiziere, wurde auf der Konferenz in der Angelegenheit der neuen Maßregeln für einen zehnmonatigen Exerzieren.

Erscheint mit Ausnahme der nach Sonntag folgenden Tage täglich früh.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:

Beitruer Straße 86, Tel. 686

Bei Betriebsstörung durch höhere Gewalt Arbeitseinstellung oder Auslieferung hat der Besteller keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Eigene Vertretungen in:

Alexandrow, Bialystok, Chelm, Kalisz, Kolo, Konstantinow, Kono, Babianice, Rappin, Sosnowice, Tomaszow, Turek, Wloclawek, Zdzislaw, Zgierz usw.

Aufgaben der Genuaer Konferenz.

Erklärungen Poincaré.

Paris, 23. Februar. (Pat.) „Petit Parisien“ berichtet, daß Ministerpräsident Poincaré in der gestrigen Sitzung des Finanzkomitees der Deputiertenkammer eine Reihe wichtiger Erklärungen abgab. Er sagte unter anderem, daß auf der Konferenz in Genua die Fragen der Regelung der deutschen Schulden und der Festlegung der Wechselkurse berührt werden sollen. Die Finanzlage sei sehr ernst und es müsse sofort ein Plan ausgearbeitet werden, der die Ermäßigung des Zinsfußes und die Besserung des Rentenmarktes umfaßt. Vorher müsse eine Aufklärung bezüglich der Reparationen erfolgen.

Brüssel, 23. Februar. Der Präsident der ukrainischen Sowjetrepublik, Rakowski, hat einem Vertreter der Welt Union eine Unterredung gewährt, wobei er auf eine Reihe von Fragen Antwort erteilte. Die Konferenz in Genua sei für alle Länder, insbesondere für die im Krieg unterlegenen Staaten so wichtig, daß eine Annäherung auch zwischen Frankreich und Rußland erwünscht wäre. Jede Zusammenarbeit von Staaten, die gewissermaßen als Koalition gegen Rußland betrachtet werden könnte, hätte schärfsten russischen Widerspruch zu gewärtigen. Deutschland könnte einen wirtschaftlichen Vertrag mit Rußland jedenfalls viel leichter haben, als einen mit Frankreich.

Ueber die östgalizische Frage erklärte der Präsident, daß bis jetzt eine direkte Verständigung mit Polen nicht zustande gekommen sei. Die östgalizische Frage sei zunächst als eine solche zu betrachten, die die galizische Bevölkerung selbst angeht.

Loucheur über die Wirtschaftslage Europas.

Loucheur hat, wie aus Paris gemeldet wird, in Lyon auf einem Bankett eine Rede über die Wirtschaftslage Europas, deren Ursachen sowie deren Heilmittel gehalten. Als Ursachen der jetzigen europäischen Wirtschaftslage führte Loucheur an: die Überproduktion in der Metallindustrie nach dem Kriege und die Fehler des englischen Ministers Chamberlain, der 1910 erklärte, die Lage Englands verbiete weitere Anleihen von Staat zu Staat. Dadurch sei der Sturz der Devisen ausgeht und die Wirtschaftskrise beschleunigt worden. Die benachteiligten Länder hätten dieselbe Krise erlitten infolge der Unordnung in ihren Währungsverhältnissen. Ueberall habe man das gleiche Mißverhältnis zwischen Erzeugung und Verbrauch beobachten können.

Loucheur verurteilte die Zollschranken, welche die Strömung des Handels hemmen. Dann nahm er Stellung zu der Konferenz von Genua und sagte:

„Auf dieser Konferenz werden wir prüfen können, ob das russische Abgabegeld für uns in Frage kommt, da die Slowakeiregierung sagen läßt, sie sei bereit mit Europa Beziehungen anzuknüpfen, indem sie die früheren Schulden Rußlands anerkennt. Soll man da nicht versuchen, mit den Russen zu reden und zu sehen, ob sie aufrichtig sind? Wenn der schöne Tag ihrer „Bekehrung“ nicht eintritt, so haben wir wenigstens die Legende gestrichelt, die behauptet, daß Frankreich es gewesen sei, das sich diesen Verhandlungen widersetze. Es ist sicher, daß auf der Konferenz von Genua permanente Kommissionen gebildet werden müssen, die die Aufgabe haben, die in Frage kommenden Angelegenheiten endgültig zu lösen.“

Loucheur äußerte sich dann zu dem Problem der Erzeugung, wobei er erklärte: „Wir müssen uns auch vor einer Invasion deutscher Waren hüten.“ Eine solche Invasion wird eintreten, wenn wir von den Deutschen die Zahlung ihrer Reparationschulden verlangen, ohne uns ernsthaft Rechenschaft von den Folgen zu geben, da die Marktlage zu entwertet ist, werden die Deutschen nur mit Waren zahlen können.“

Dann nahm Loucheur Stellung zu der Frage der französischen Schulden. Im Dezember habe Lloyd George im Congress sich mit dem Verzicht des englischen Guldbankens an Frankreich einverstanden erklärt unter der Bedingung, daß Amerika es gleich hält mit dem amerikanischen Guldbanken an England. Glücklicherweise hätte der amerikanische Kongress beschlossen, die amerikanischen Guldbanken auszuliefern zu konsolidieren. Aber man sollte sich doch Rechenschaft darüber abgeben, daß Frankreich diese Anleihe zu einem sehr geringen Zinssatz hat. Die Amerikaner hätten bereits alles französische Gold und mehr als die Hälfte der französischen Währungsnoten in ihre Hände bekommen.

